

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 19/1127

18.06.2018

Vorlage für die Sitzung des Umwelt- und Agrarausschusses  
am 27.06.2018

## **Änderungsantrag**

der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP

**Glyphosateinsatz so schnell wie möglich grundsätzlich beenden, Alternativen voranbringen  
zu Drucksache 19/291**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die EU im November 2017 die Zulassung für den Wirkstoff Glyphosat um fünf Jahre verlängert hat. Die Mitgliedsstaaten sind jetzt aufgefordert, diesen Zeitraum zu nutzen, den Einsatz von Glyphosat zu minimieren und Alternativen voranzubringen.

Der Landtag begrüßt den Beschluss des Bundesrates vom 27. April 2018 (Drucksache 107/18 (Beschluss)) zur Mitteilung der Kommission über die Europäische Bürgerinitiative „Verbot von Glyphosat und Schutz von Menschen und Umwelt vor giftigen Pestiziden“ (C(2017) 8414 final). Darin heißt es unter anderem,

- Alternative Maßnahmen und Verfahren der nichtchemischen Beikrautkontrolle sind durch Forschung und Versuchswesen weiter zu entwickeln und zur praktischen Anwendbarkeit zu führen.
- Die Betriebe sind, insbesondere durch die Fachverwaltungen der Länder, dahingehend zu beraten, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln so weit wie möglich zu reduzieren und auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken.
- Der Einsatz glyphosathaltiger Pflanzenschutzmittel muss deutlich eingeschränkt werden, mit dem Ziel, die Anwendung so schnell wie möglich grundsätzlich zu beenden.
- Dass glyphosathaltige Pflanzenschutzmittel auf Flächen öffentlicher Einrichtungen und auf öffentlichen Verkehrsflächen mit Ausnahme von Gleisanlagen nicht angewandt werden dürfen.

Der Landtag schließt sich der Bitte des Bundesrates an die Bundesregierung an, eine systematische, EU-rechtskonforme Minderungsstrategie für glyphosathaltige Pflanzenschutzmittel vorzulegen, die wirksame umwelt- und naturverträgliche Alternativen aufzeigt und mit ausreichenden Finanzmitteln für Forschung und Entwicklung ausstattet.

Der Landtag bittet die Landesregierung, eine Minderungsstrategie für glyphosathaltige Pflanzenschutzmittel im Rahmen der im Koalitionsvertrag vereinbarten Strategie zur Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes zu erarbeiten.

Der Landtag bittet die Landesregierung außerdem, im Rahmen ihrer Landeszuständigkeit dafür zu sorgen, dass in Ausbildung, Fortbildung und Beratung ein besonderer Fokus auf pflanzenbauliche Alternativen zum Glyphosateinsatz gelegt wird.

#### Begründung:

Ein Ende der Zulassung des Wirkstoffes Glyphosat ist absehbar. Es ist höchste Zeit, Alternativen in der Praxis voranzubringen. Je zögerlicher diese Aufgabe angegangen wird, desto schwieriger wird es für die Landwirtschaft, rechtzeitig Anpassungsmaßnahmen zu treffen. Ziel muss sein, die Anwendung ab sofort auf das notwendige Maß zu beschränken und die Abhängigkeit der Landwirtschaft von diesem Wirkstoff bis zum Ablauf der Zulassung ganz zu beenden.

Heiner Rickers  
und Fraktion

Bernd Voß  
und Fraktion

Oliver Kumbartzky  
und Fraktion